

## Erneuter Anstieg der Kriminalität in der BRD und in Westberlin

Für das Jahr 1985 weist die polizeiliche Kriminalstatistik der BRD — wiederum ohne Verkehrs- und sog. Staatsschutzdelikte — insgesamt 4 215 451 Straftaten aus<sup>1</sup>; das sind 2,0 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Häufigkeitszahl (Anzahl der festgestellten Straftaten je 100 000 Einwohner) erhöhte sich gegenüber 1984 von 6 755 auf 6 909. Nur 1982 (mit 6 963) und 1983 (mit 7 074), also unmittelbar vor den einschneidenden statistischen Veränderungen des Jahres 1984<sup>1, 2</sup>, gab es schon einmal höhere Häufigkeitszahlen als im Berichtsjahr.

### Weiterhin ansteigender Kriminalitätstrend

Wenn in der Vergangenheit tatsächlich einmal von einem zu einem anderen Jahr eine niedrigere Kriminalitätszahl ausgewiesen wurde, so war dies stets mit Veränderungen der Statistik verbunden — mit entsprechendem zeitweiligem Effekt, aber ohne jegliche Dauerwirkung (Tabelle 1).

Tabelle 1 Bekanntgewordene Straftaten in der BRD  
(ausgewählte Jahre)

Jahr	Fälle	1953 = 100	Straftaten je 100 000 Einwohner
1953	1 491 120	100	2 859
1962	2 106 469	141,3	3 699
1963	1 678 840	112,6	2 914
1970	2 413 586	161,9	3 924
1972	2 572 530	172,5	4 171
1973	2 559 974	171,7	4 131
1974	2 741 728	183,9	4 419
1983	4 345 107	291,4	7 074
1984	4 132 783	277,2	6 755
1985	4 215 451	282,7	6 909

Trotz verkürzter statistischer Erfassung sind mithin im Verlauf von 32 Jahren Straftaten- und Häufigkeitszahl auf das Zweieinhalb- bis Dreifache angewachsen. Diese Tendenz offenbart sich auch bei deliktenspezifischer Betrachtung, wobei hier die Steigerungsraten den Durchschnitt zum Teil noch beträchtlich übertreffen (Tabelle 2).

Fortsetzung von S. 323

mehr das nachgeholt werden, was der Unternehmerseite in den Arbeitskämpfen des Jahres 1984 nicht gelang; nämlich die Gewerkschaften langfristig zu schwächen und allmählich die kollektiven Regelungen durch individuelle Vereinbarungen zu ersetzen.<sup>®</sup>

Die Forderung des DGB nach einem bundesweiten gesetzlichen Verbot der Aussperrung — wie es in der Verfassung des Landes Hessen enthalten ist — ist angesichts der Neufassung des § 116 AFG, mit der den Unternehmern ein zusätzliches Kampfmittel in die Hand gegeben worden ist, aktueller denn je. Heute ist das Kampfrisiko der Gewerkschaften so ausgeweitet, daß von einem tatsächlichen Streikrecht nur noch Restbestandteile übrigbleiben. Denn wenn eine Gewerkschaft stets damit rechnen muß, daß auf einen regionalen Streik mit einer faktisch bundesweiten Aussperrung geantwortet werden kann, sind Streiks in diesem Tarifbereich unmöglich.

Die Neuregelung des § 116 AFG macht deutlich, wie notwendig es heute in der BRD ist, elementare Arbeiterrechte zu verteidigen. Dazu wurde auf dem 8. Parteitag der DKP festgestellt: „Heute geht es um die Entwicklung einer politisch breiten Demokratiebewegung. Jedes einzelne demokratische Recht muß verteidigt, demokratische Rechte zurückerkämpft ... werden. Dabei kommt dem Kampf um Erhalt und Ausbau der Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte eine besonders große Bedeutung zu. Denn von dem Ausmaß, in dem es der Arbeiterbewegung gelingt, sich einen ausreichenden Handlungsspielraum zu sichern, hängt in hohem Maße auch der Spiel-

Tabelle 2 Entwicklung wesentlicher Straftatengruppen

Jahr	1954	1978	1985	Prozent 1985 (1954=100)
Diebstahl insgesamt	534 507	2 215 415	2 628 933	491,8
davon: einfacher Diebstahl	406 234	1 067 423	1 089 387	268,2
schwerer Diebstahl	128 274	1 147 992	1 539 546	1 200,2
Mord, Tot- schlag	918	2 564	2 796	304,6
Raub, räub. Erpressung	3 540	21 648	29 685	838,6
Schwere und gefährliche Körper- verletzung	30 239*	52 334	64 314	212,7
vorsätzl. Brandstiftung	1 413**	7 055	9 037	639,6
Rauschgift- delikte	852***	42 878	60 941	7 152,7

\* 1963 \*\* 1953 \*\*\* 1962

Die Zahl der festgestellten Diebstähle verfünffachte sich. Bemerkenswert ist, daß dabei die Anzahl der Diebstähle unter erschwerenden Umständen gleich auf das Zwölfwache anwuchs, was wohl als Zeichen einer ausgeprägten Tendenz zu mehr Gewalt, Raffinesse und Risikobereitschaft zu deuten ist. Das wird auch durch den Anstieg der Fälle von Raub auf mehr als das Achtfache deutlich unterstrichen. Bei Mord und Totschlag macht der Anstieg mehr als das Dreifache aus, und die Zahl der schweren und gefährlichen Körperverletzungen verdoppelte sich seit 1963. Die Anzahl der Körperverletzungen insgesamt betrug 1985 nicht weniger als 197 073. Schließlich spricht die rasante Ausbreitung der Rauschgiftkriminalität für sich. Dazu wird eingeschätzt: „Nach den hohen Steigerungsraten der sechziger und siebziger Jahre ist

1 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn) Nr. 44 vom 28. April 1986, S. 345 ff. Soweit im folgenden nichts anderes angemerkt ist, entstammen Zahlenangaben dieser Quelle.

Es ist auch in diesem Jahr darauf hinzuweisen, daß in dieser Statistik die in Westberlin polizeilich registrierten Straftaten mit erfaßt sind, obwohl Westberlin kein Bundesland der BRD ist.

2 Vgl. „Zur Kriminalstatistik der BRD für das Jahr 1984“, NJ 1985, Heft 11, S. 454 ff.

raum ab, über den die anderen demokratischen Kräfte unseres Landes verfügen.“<sup>24</sup>

Große Teile der Arbeiterklasse und die Gewerkschaften — zur Zeit eine engagierte Kraft im außerparlamentarischen Kampf gegen die Angriffe von Unternehmern und Rechtskoalition — sind sich dessen bewußt. Das zeigt vor allem auch die Umfrage des DGB zur Änderung des § 116 AFG: 7,6 Millionen Werktätige gaben ihre Stimme ab, von denen sich 7,2 Millionen, das sind 95,3 Prozent, gegen eine Änderung aussprachen. Verfassungsklage vor dem Bundesverfassungsgericht ist ebenso angekündigt<sup>®</sup> wie die Aufhebung des Gesetzes, falls die Bundestagswahlen 1987 eine Mehrheit für die SPD bringen sollten.<sup>®</sup> Der 13. Ordentliche Bundeskongreß des DGB (25. bis 30. Mai 1986) erhob in einem einstimmig gefaßten Beschluß die Forderung nach unverzüglicher Annullierung des neuen § 116 AFG.<sup>27</sup> All das läßt erwarten, daß die Arbeiterklasse der BRD und ihre Organisationen sich auch in Zukunft nicht mit diesem schweren Angriff der herrschenden Kräfte der BRD gegen das Streikrecht und die Tarifautonomie abfinden werden.

22 Vgl. M. H. Bobke, „Arbeitskampfrecht im Umbruch — Zur Zukunft von Streikfreiheit und Tarifautonomie“, WSI-Mitteilungen (Köln) 1986, Heft 3, S. 236 ff.

23 Vgl. dazu M. Prembler, „Das Streikrecht in der BRD“, a. a. O., S. 142 f.

24 H. Mies, Bericht des Parteivorstands an den 8. Parteitag der DKP, in: Unsere Zeit (Düsseldorf) vom 3. Mai 1986, S. 13.

25 So der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, in der Sitzung des Bundesrates am 18. April 1986 (vgl. Frankfurter Rundschau vom 19. April 1986).

26 Vgl.: Das Parlament, a. a. O., S. 1.

27 Vgl. Frankfurter Rundschau (Frankfurt a. M.) vom 31. Mai 1986.